

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

28.6.1928 (No. 149)

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher: Nr. 953 und 954 Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung, und Konsumverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Was kostet unsere Verwaltung?

Wir wissen seit langem, daß unsere gesamte öffentliche Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden sehr beträchtlich teurer ist, als in der Vorkriegszeit. Dafür bedarf es eigentlich keines Beweises, denn jeder Steuerzahler spürt es an seinem Geldbeutel. Dennoch ist es sehr wichtig, auch zahlenmäßig genau festzustellen, um wieviel unsere öffentliche Verwaltung teurer geworden ist und wie sich die Mehrkosten auf Reich, Länder und Gemeinden verteilen. Dies ist deshalb gerade von kommunalpolitischen Gesichtspunkten aus von besonderer Bedeutung, weil man versucht hat, alle Schuld an den Mehrkosten der öffentlichen Verwaltung auf die Gemeinden abzuwälzen und die Dinge so darzustellen, als ob die Gemeinden in ihren Verwaltungen übermäßigen Luxus trieben und dadurch das Übermaß der steuerlichen Belastung, unter der unser ganzes Volk stöhnt, verschuldeten. Die kommunalen Spitzenverbände, und zwar namentlich der Deutsche Städtetag, haben schon vor längerer Zeit zahlenmäßiges Beweismaterial zur Entkräftung dieser Vorwürfe gegen die Gemeinden veröffentlicht. Jetzt aber ist endlich die offizielle Reichsfinanzstatistik bearbeitet worden, in der die Gesamtkosten der öffentlichen Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden für das Rechnungsjahr 1925/26 festgestellt und mit denen des Rechnungsjahres 1913/14 verglichen werden.

Das Ergebnis ist, wie von vornherein zu erwarten war, eine sehr bedeutende Steigerung der Einnahmen und Ausgaben aller öffentlichen Körperschaften. Alles in allem ist ihr Finanzbedarf von 7,25 auf 14,48 Milliarden Reichsmark gestiegen, hat sich also nahezu verdoppelt. Der durch Steuern und Zölle zu bedeckende Einnahmebedarf der öffentlichen Verwaltungen aber ist sogar von 4,05 auf 10,58 Milliarden Reichsmark gestiegen. Er hat sich also auf mehr als das Zweieinhalbfache vermehrt. Diese Ziffer beweist mit genügender Deutlichkeit, daß die Klagen über die unerträglich hohe Steuerlast durchaus berechtigt sind.

Die Ursachen der ungeheuren Steigerung des Steuerbedarfs sind natürlich verschiedener Art. Im Reich sind vor allem die Mehraufwendungen zu berücksichtigen, die aus der Erfüllung des Versailler Vertrages und des Londoner Abkommens erwachsen sind. Ferner hat aber die wirtschaftliche Notlage nach dem Kriege der öffentlichen Verwaltung neue, nicht zu umgehende Aufgaben, besonders auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens und der Fürsorge für die Kriegsoffer auferlegt. Diese Mehrlast haben zu einem nicht unerheblichen Teil die Gemeinden zu tragen. Endlich wird in der Begründung des steigenden Zuschußbedarfs auch auf die Verminderung der ehrenamtlichen Tätigkeit im öffentlichen Leben hingewiesen, an der wohl in der Hauptsache die Umwälzung der wirtschaftlichen, sozialen und auch politischen Verhältnisse in den ersten Nachkriegsjahren Schuld trägt. Die hierdurch entstehende Mehrbelastung der öffentlichen Verwaltungen trifft ebenfalls in erster Linie die Gemeinden.

In dem Begleittert zu der Reichsfinanzstatistik wird dann die Verteilung des Zuschußbedarfs auf Reich, Länder und Gemeinden zahlenmäßig errechnet und umgehend dargestellt. Es ergibt sich hieraus, daß der Bedarf des Reiches von 2,18 auf 4,81 Milliarden Reichsmark, also um 121 Proz. gestiegen ist, der der Länder von 1,28 auf 2,75 Milliarden oder um 114 Proz. und der der Gemeinden von 1,80 auf 3,84 Milliarden oder um 113 Proz. Besonders sparsam haben die Hansestädte gewirtschaftet, denn ihr Zuschußbedarf ist nur von 183 auf 308 Millionen Reichsmark oder um 69 Proz. gestiegen. Betrachtet man aber allein die Steuern und Zölle, so ist die Einnahme aus diesen in den verschiedenen Körperschaften in noch ungleichmäßiger Weise gestiegen. Das Reich hat um 190 Proz. mehr an Steuereinnahmen verbraucht, die Länder sogar um 207 Proz., dagegen die Gemeinden und Gemeindeverbände nur um 112 Proz., die Hansestädte sogar nur um 85 Proz.

Als Grund hierfür wird vom Reichsfinanzministerium erwähnt, daß die Gemeinden in stärkerem Maße als die Länder andere Deckungsmittel, vor allem auch Überschüsse und Erträge aus dem Erwerbsvermögen, heranziehen konnten. Aber man darf jedenfalls aus den Ergebnissen der Reichsfinanzpolitik auch den Schluß ziehen, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände ganz gewiß nicht unsparsamer gewirtschaftet haben als Reich und Länder. Die in dieser Hinsicht erhobenen Vorwürfe sind durch die Ergebnisse der Reichsfinanzstatistik als durchaus unbegründet erwiesen worden.

### Letzte Nachrichten

#### Die Kabinettsbildung vor dem Abschluss

M. Berlin, 28. Juni (Priv.-Tel.) Die Verhandlungen über die Regierungsbildung haben einen überraschenden Abschluß gefunden. Das Zentrum hat seine Ansprüche fallen lassen und sich damit einverstanden erklärt, daß Herr von Guericke das Ministerium für die besetzten Gebiete und provisorisch das Verkehrsministerium übernimmt. Das Arbeitsministerium dürfte der sozialdemokratische Abg. Wiffel übernehmen, während für das Reichsjustizministerium nunmehr der demokratische Abg. Koch-Weser als zweites demokratisches Kabinettsmitglied in Aussicht genommen ist. Der früheren sozialdemokratische Reichsjustizminister Prof. Rabbruch hat eine Übernahme dieses Ministeriums abgelehnt.

Die Ernennung der Regierung dürfte vom Reichspräsidenten noch heute vollzogen werden.

W.D. Berlin, 28. Juni (Tel.) Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt heute eine Sitzung ab, in der Abg. Hermann Müller-Franken über das Ergebnis der Verhandlungen berichtete. Nach kurzer Aussprache gab die Fraktion mit allen gegen 9 Stimmen ihre Zustimmung zum Eintritt der sozialdemokratischen Minister in das neue Kabinett. Im Herbst soll, wie das Nachrichtenbüro des W.D. erfährt, die endgültige Regierungsbildung erfolgen, voraussichtlich auf der Basis der Großen Koalition, weil inzwischen auch die preussische Frage gelöst sein dürfte.

#### Der Arbeitsplan des Reichstages

W.D. Berlin, 28. Juni (Tel.) Nach der Aussprache über die Regierungserklärung, die zwei oder drei Tage in Anspruch nehmen dürfte, wird in den Vollversammlungen des Reichstages eine kurze Pause eintreten. Der Reichstag will, wie das Nachrichtenbüro des W.D. hört, versuchen, die Annahmeverträge noch vor den Sommerferien zu erledigen. Zu diesem Zweck soll der Rechtsausschuß jetzt schon die Bearbeitung der Annahmefrage aufnehmen. Der Ausschussrat hat für Dienstag nächster Woche, 3 Uhr nachm., die Reichstagsitzung anberaumt. Nach der Regierungserklärung des Reichsfinanzministers Müller will sich der Reichstag dann auf Mittwoch verlagern.

#### Belgien und der Kellogg-Vorschlag

W.D. Brüssel, 28. Juni. Nach der Antwerpener Zeitung "Metropole" hat der Minister des Auswärtigen, Gynmans, die Zustimmung der belgischen Regierung zu dem amerikanischen Antikriegsvorschlag erteilt.

#### Amerikanischer Protest gegen die deutsch-feindliche Inschrift an der Löwener Bibliothek

W.D. New York, 28. Juni. Die Associated Press meldet, fanden die Vorstände des Weltbundes für internationale Freundschaft und der Friedensunion der Kirchen den Rektor der Universität Löwen ihre Zustimmung zu seiner Haltung in der Frage der deutschfeindlichen Inschrift an der neuerrichteten Löwener Bibliothek. Es heißt in dem Kabel: Die beiden hervorragendsten religiösen Organisationen der Vereinigten Staaten, die der internationalen Freundschaft dienen, schließen sich ihrem Protest gegen die Fortsetzung des Hasses an, der in der Inschrift an der Löwener Bibliothek zum Ausdruck kommt. Die "New York World" erwähnt, wie unvornehm wäre es, wenn wir auf unserem Weissen Hause die Inschrift anbrächten: "Von den Briten im Jahre 1814 niedergebrennt", oder wenn wir auf das Grabmal des Präsidenten Grant eine andere Inschrift setzen würden als die: "Laßt uns Frieden haben". Die Inschrift ist für jeden, der die Hoffnung auf die Vereinigten Staaten von Europa hege, ein Schlag ins Gesicht. Sie müsse auch aus praktischen Gründen beseitigt werden; denn ihre Geschmackslosigkeit allein verdamme sie sofort, da sie niedrigere Empfindungen des Chauvinismus und der Rache sucht ausdrückt. Auf Generationen hinaus könne sie kein Deutscher ohne schmerzliches Empfinden und kein Amerikaner mit gutem Geschmack ohne heimliches Mißfallen betrachten.

#### Im Bayerischen Landtag nahmen die Koalitionsverhandlungen ihren Anfang

Mitglied des Kabinetts Bismarck — Ein Kabinett Bartels gebildet. Ministerpräsident Marschall Bismarck hat dem Präsidenten der Republik das Rücktrittsgesuch des gesamten Kabinetts überreicht. Der Präsident der Republik hat die Demission angenommen und den bisherigen stellvertretenden Ministerpräsidenten Prof. Dr. Casimir Bartels zum Ministerpräsidenten ernannt. Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten Bartels hat der Präsident der Republik als Minister des neuen Kabinetts die Minister des vorigen Kabinetts mit zwei Ausnahmen ernannt. Anstelle des bisherigen Unterrichtsministers Dobrocki wurde zum Unterrichtsminister der bisherige Direktor des politischen Departements des Innenministeriums, Casimir Switalski, und anstelle des bisherigen Verkehrsministers Ramoldi der Ingenieur Alfred Ruhn zum Verkehrsminister ernannt. Marschall Bismarck übernimmt im neuen Kabinett das Kriegsministerium.

### \* Kinderkrankheiten des deutschen Parlamentarismus

Der gestrige Tag hat der politischen Öffentlichkeit in der Angelegenheit der Regierungsbildung zwei neue, peinliche Überraschungen gebracht: die Tatsache neuer Schwierigkeiten und eine Zurechtweisung Stresemanns durch die Fraktion der Deutschen Volkspartei. Die Schwierigkeiten entstanden dadurch, daß die Zentrumsfraktion für Herrn Dr. Wirth die Errichtung eines ständigen Vizekanzlerpostens oder, falls das nicht möglich sei, die Überlassung des Reichsinnenministeriums forderte.

Die Errichtung eines ständigen Vizekanzlerpostens ist vom Reichspräsidenten als überflüssig abgelehnt worden; auch Dr. Stresemann hatte sich von seinem Kurzaufenthalt im Schwarzwald aus sehr bestimmt dagegen erklärt. Das Reichsinnenministerium, welches dem Sozialdemokraten Dr. Severing zugeordnet war, wurde nachwievor von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion für Herrn Severing reklamiert. Da eine Änderung der Auffassungen nicht zu erreichen war, hat Herrmann Müller gestern abend bereits seine Mission als gescheitert angebehen: die Bildung eines Kabinetts ohne fraktionelle Bindung schien nicht möglich zu sein. Der heutige Tag wird entweder eine Überwindung der Schwierigkeiten in letzter Sekunde bringen oder neue Entschlüsse des Reichspräsidenten.

Der Konflikt in der Deutschen Volkspartei ist gleichfalls ernst zu beurteilen. Wie sich neuerdings herausgestellt hat, haben Dr. Stresemann und Dr. Curtius ihren Eintritt in ein „Kabinett ohne fraktionelle Bindung“ zugesagt, ohne die ausdrückliche Genehmigung ihrer Fraktion dazu erhalten zu haben. Beide hatten allerdings angenommen, daß diese Zustimmung erteilt sei, und zwar hatte Herr Stresemann aus dem Verhalten von Curtius, und umgekehrt Dr. Curtius aus dem Verhalten Stresemanns mißverständlich geschlossen, daß die Fraktion bzw. der Fraktionsvorsitzende, Herr Dr. Scholz, unterrichtet sei und zustimme. Offenbar ist die Fraktion aber keineswegs so ohne weiteres für die Idee eines „Kabinetts ohne fraktionelle Bindung“ eingenommen. Sie hat gestern einen Beschluß gefaßt, der sogar erkennen läßt, daß die Deutsche Volkspartei nur ungern mitmacht. Der Beschluß lautet:

„Die Fraktion will, um das Zustandekommen der Regierung nicht ihrerseits zu verzögern, gegen eine Beteiligung ihrer beiden bisherigen Minister an einer nicht fraktionsmäßig gebundenen Regierung keine Einwendungen erheben. Sie stellt jedoch ausdrücklich fest, daß ihre Haltung zu etwaigen Vertrauens- und Mißtrauensvoten dadurch in keiner Weise gebunden ist und insbesondere von dem Inhalt der Regierungserklärung abhängig sein wird.“

Wenn auch kaum anzunehmen ist, daß die Fraktion im Reichstag ihren beiden Ministern und einem von ihnen mitgebildeten Kabinett Knüttel zwischen die Beine werfen würde, so läßt doch diese Resolution gleich nicht viel Gutes erwarten. Zumal die Fraktion gleichzeitig mit jenem Beschluß einstimmig noch zwei andere Resolutionen gefaßt hat, welche eine großartige Vertrauenskundgebung für Herrn Dr. Scholz bedeuten, Herrn Dr. Stresemann aber dem Sinne nach einen recht scharfen Tadel aussprechen und von ihm erwarten, daß er in Zukunft seine politischen Entscheidungen nur in ständiger enger Fühlung mit der Fraktion und deren Vorsitzenden trifft.

Wenn man bedenkt, daß Stresemann Parteivorsitzender ist, muß man diese Resolution allerdings als eine kühnen erregende Handlung bezeichnen. Wenn man sich aber den Vorgang im Zusammenhang mit den Verhandlungen der letzten Wochen vor Augen hält, dann muß man schon sagen, daß die Bedenken, die von vornherein wegen der Haltung der Deutschen Volkspartei geäußert wurden, sich als nicht unberechtigt erwiesen haben, und daß die Herren Stresemann und Curtius mit ihrer Auffassung, die bekanntlich der Idee der Großen Koalition recht geneigt ist, in ihrer Partei selbst ziemlich einzeln dastehen. Es ergibt sich der bestimmende Eindruck, daß der Führer der Partei, Herr Dr. Stresemann, in der taktisch wichtigsten Frage seiner Partei in der Luft schwebt. Möglich wäre es ja, daß persönliche Empfindlichkeiten und der Ärger der Fraktion darüber, daß Herr Stresemann eigenmächtig gehandelt hat, die Luft so sehr verbreitert haben, und daß sachlich nach einem andern Verhalten Stresemanns der Gegenfall gar nicht so gefährlich geworden wäre.

Wir sehen hier wieder einmal an einem Schulbeispiel, wie verhängnisvoll sich die Fraktionspolitik bemerkbar machen kann. Herrn Stresemanns Verhalten ist menschlich und politisch doch durchaus zu begreifen. Unde-

greiflich wird es nur dann, wenn man sich die beson-  
deren parteipolitischen Verhältnisse in Deutschland ver-  
gegenwärtigt. Herr Stresemann hätte wissen müssen,  
daß er auch dann, wenn er Hervorragendes für das ganze  
Reich geleistet und durch diese seine Leistung seiner Par-  
tei Glanz und Ruhm verschafft hat, dennoch ein kleines  
Kind bleibt, das sich vom Gängelbände seiner Fraktion  
um Gotteswillen nicht lösen darf. Wer ist schließlich,  
außenpolitisch und weltpolitisch gesehen, Herr Dr. Scholz  
und die Deutsche Volkspartei? Herr Stresemann aber  
ist schon immerhin eine weltpolitische Persönlichkeit. Ob  
mit Recht oder mit Unrecht, darüber mag später die Ge-  
schichte urteilen. Daß er eine weltpolitische Persönlich-  
keit ist, darüber ist nicht zu streiten. Aber das hilft ihm  
nichts. Er muß sich — und wenn er auch zu allem über-  
flüssig noch Parteivorführer ist — nach dem Willen seiner  
Fraktionsvorführer richten, dem die Fraktion gerade in  
diesem Augenblick ihre Verehrung und Hochachtung,  
ihren Dank und ihr Vertrauen zu Füßen legt. Und dem-  
gegenüber Herr Stresemann? Hat die Fraktion für ihn  
keinen Dank, und bringt sie ihm und seiner politischen  
Geschicklichkeit kein Vertrauen entgegen? Anscheinend  
nicht! Denn sie rüffelt ihn und erklärt ihm, er habe in  
Zukunft Herrn Dr. Scholz Orde zu parieren. Für die  
innerpolitische und außenpolitische Stellung Stresemanns  
ist das alles gewiß nicht förderlich.

Was wird nun heute geschehen? Allem Anschein nach  
sind der Reichspräsident und Herrmann Müller in ihrer  
Besprechung von heute vormittag zu der Überzeugung  
gelangt, daß doch noch nicht alles verloren sei, nachdem  
in der Frühe weitere Besprechungen zwischen Herrmann  
Müller und Vertretern des Zentrums stattgefunden  
haben. Mit Einverständnis des Reichspräsidenten wird  
Herrmann Müller seine Verhandlungen auf der in diesen  
Besprechungen mit dem Zentrum neugewonnenen Basis  
fortsetzen: er hofft, im Laufe des heutigen Nachmittags  
dem Reichspräsidenten seine endgültigen Vorschläge über  
die Befestigung der einzelnen Ministerposten machen zu  
können. Wir möchten dringend wünschen, daß diese Hoff-  
nung sich bewahrheitet. Dabei wird wohl vorausgesetzt  
sein, daß die Herren Stresemann und Curtius sich durch  
die Resolutionen ihrer Fraktion nicht abhalten lassen,  
die ihnen zugeordneten Ministerien im neu zu bildenden  
Kabinett zu übernehmen.

28. Juni. Berlin, 28. Juni. Über den Besuch des Abg. Müller-  
Franken beim Reichspräsidenten ist folgender amtlicher Bericht  
ausgegeben worden: „Abg. Müller-Franken berichtete gestern  
nachmittag dem Herrn Reichspräsidenten über den weiteren  
Fortgang seiner Verhandlungen mit den für die Regierungs-  
bildung in Betracht kommenden Persönlichkeiten und den Fra-  
ktionen des Reichstags, denen diese Herren angehören. Seine  
Bemühungen seien dadurch auf Schwierigkeiten gestoßen, daß  
die Zentrumsfraktion nach ihren Erklärungen darauf bestünde,  
entweder für den Abg. Dr. Wirth neben dem Verkehrsmini-  
sterium auch das Amt eines Vizeministers oder an Stelle des  
Verkehrsministeriums ein politisches Ministerium, wie das  
des Reichsministeriums des Innern, verlange. Er sehe bei  
dieser Sachlage keine Möglichkeit mehr für aussichtsreiche Ver-  
handlungen.“

Der Reichspräsident erklärte, daß er an sich kein Bedürfnis  
für die Einrichtung des in der Verfassung und in der Ge-  
schäftsordnung der Reichsregierung nicht als regelmäßig vor-  
gesehenes Amt eines Vizeministers anerkenne, es im übrigen  
auch ablehnen müsse, in Ausübung seiner verfassungsmäßigen  
Rechte sich von einer Fraktion für die Zusammensetzung des  
Reichskabinetts bindende Vorschriften machen zu lassen. Er  
erforderte den Abg. Herrmann Müller-Franken, diese seine Ent-  
scheidung der Zentrumsfraktion mitzuteilen.

Abg. Müller-Franken wird dem Reichspräsidenten im Laufe  
des heutigen Vormittags Bericht über seine weiteren Bespre-  
chungen mit dem Vorstand der Zentrumsfraktion erstatten.“

### Zwetscha über die deutsch-sowjetischen Beziehungen

28. Juni. Moskau, 28. Juni. Anlässlich eines Artikels der  
„Sowjetischen Zeitung“ über die Aussichten der Beziehungen  
zwischen Deutschland und der Sowjet-Union im Zusammenhang  
mit dem Schacht-Prozess betont die Zwetscha, daß weder  
führende Staatsführer der U.S.S.R., noch das Sowjet-Gericht,  
noch die offiziellen sowjetischen Presseorgane jemals irgend-  
welche Behauptungen aufgestellt haben, deutsche Firmen als  
solche hätten sich an der Schädigungsorganisation beteiligt.  
Irgendwelche Beschuldigungen gegen die deutsche Industrie  
sind vom Gericht weder zugelassen noch erhoben worden. Auch  
der Staatsanwalt hat es für nötig erachtet, die falsche Be-  
hauptung der Verteidigung, daß die Anlage angeblich die  
These einer Teilnahme deutscher Firmen an der Schädigung  
aufstelle, mit gebührender Schärfe zu widerlegen.  
Des weiteren schreibt das Blatt: „Wenn die Vermutung  
über eine Teilnahme der deutschen Industrie an der gegen-  
revolutionären Tätigkeit in der Sowjet-Union bestünde, so  
würde dies zu unmittelbaren praktischen Konsequenzen führen,  
die nicht ohne Nachwirkung auf die gegenwärtigen Wirt-  
schaftsbeziehungen beider Länder bleiben könnten. Wir beab-  
sichtigen indes bekanntlich keineswegs, die Zusammenarbeit  
mit deutschen Firmen einzuschränken oder auf die Ausnützung  
deutscher technischer Kräfte zu verzichten. Niemand läßt dar-  
über auch nur ein Wort fallen. Wenn die deutschen Korrespon-  
denten die Entwicklung der Freundschaft zwischen Deutschland  
und der Sowjet-Union und die Liquidierung verschiedener  
Missverständnisse irgend wünschen, so ist es ihre Pflicht, endlich  
eine richtige Darstellung in Übereinstimmung mit den Tatsa-  
chen zu geben.“

Der unterelbische Lehrerverein für Moskau. Der unter-  
elbische Lehrerverein, der etwa 1500 einheimische Lehrer um-  
faßt, hat Moskau erneut zu seinem Präsidenten gewählt, und  
zwar mit allen gegen zwei Stimmen. In einer Entschließung  
des Verbandes wird gegen die Anlagen protestiert, die gegen  
Moskau als Beamtenführer erhoben worden waren und ihm  
volles Vertrauen ausgesprochen. Zum Schluß heißt es: Der  
Lehrerverein protestiert gegen das Regime der Verdächtigun-  
gen, Hausdurchsuchungen und Sanktionen, das man über die  
Mitglieder des Lehrpersonals elbischer Abstammung ver-  
hängt hat. Dieses hätte für seine Amtsentsetzungen, die es ge-  
macht habe, um sich der neuen Situation anzupassen und für  
die Dienste, die es dem Lande geleistet habe, besseres Ver-  
dient.

### Die Frage der Rheinlandräumung im Unter- haus

Im Unterhaus fragte Burton den Staatssekretär für aus-  
wärtige Angelegenheiten, ob er angesichts der kürzlich von dem  
polnischen Außenminister abgegebenen Erklärung die Verfü-  
gung abgeben wolle, daß die englische Regierung die Gewäh-  
rung weiterer Garantien an die polnische Regierung in Ver-  
bindung mit der Räumung des Rheinlandes nicht ins Auge  
fasse.

Chamberlain antwortete: Die großbritannische Regierung  
hat wiederholt festgestellt, daß England nicht in der Lage ist,  
weitere Garantien zu geben oder ihre Verpflichtungen aus  
dem Völkervertrag und dem Vertrag von Locarno zu er-  
weitern. — Bonsonby fragte hierauf: Kann man demnach der  
Frage der Rheinlandräumung vollständig freie Hand lassen?

Chamberlain antwortete: Gewiß müssen wir uns mit an-  
deren Mächten ins Benehmen setzen, aber wir haben keine  
weiteren Verpflichtungen. — Garro Jones fragte dann: Wenn  
der Staatssekretär des Auswärtigen in der Angelegenheit freie  
Hand hat, hält er dann nicht die Zeit für gekommen, wo wir  
unsere Truppen aus dem Rheinland zurückziehen müssen? —  
Chamberlain empfahl dem Fragesteller, seinen Parteiführer  
Lloyd George darüber zu befragen, warum dieser die Frist  
von 15 Jahren in dem Vertrag von Versailles habe aufneh-  
men lassen. Wenn er auch selbst zur Zeit des Abschlusses des  
Vertrages dem Kabinett angehört habe, so kenne doch Lloyd  
George den Vertrag und dessen Gehaltengänge besser.

### Verhaftung eines dänischen Hauptmanns wegen Spionage

Vor einigen Tagen wurde in Berlin von der Kriminal-  
polizei ein junger Mann wegen Spionageverdacht in Haft ge-  
nommen. Der Festgenommene hatte sich mit Soldaten und  
Beamten des Reichswehrministeriums befreundet, um sich von  
ihnen über den Stand wichtiger dienstlicher Angelegenheiten  
unterrichten zu lassen. Bei einer Durchsuchung der Wohnung  
des Verhafteten fand man Papiere und Aufzeichnungen, aus  
denen deutlich zu ersehen war, daß der Festgenommene in  
geschickter Weise Spionage betrieben hat. Im besonderen stand  
er mit dem dänischen Hauptmann Lembourn in London in  
enger Verbindung. Er hatte diesem Berichte über militärische  
Veranstaltungen geliefert. Der Verhaftete, dessen Name vor-  
läufig im Interesse der weiteren Untersuchung von den zu-  
ständigen Stellen nicht bekanntgegeben werden kann, wurde  
nach Abschluß der Ermittlungen wegen fortgesetzter Spionage  
dem Reichsgericht vorgeführt, wo er sich zur Zeit in Haft be-  
findet. Durch weitere Feststellungen wurde auch Hauptmann  
Lembourn in erheblichem Maße der Spionage verdächtigt.  
Nunmehr wurde gegen Lembourn vom Reichsgericht ein Haft-  
befehl erlassen.

Im Zusammenhang mit der Spionageaffäre des Haupt-  
manns Lembourn wurde eine Stenotypistin Stegemann ver-  
haftet. Lembourn sei im großen und ganzen geständig, so  
daß das gegen ihn in Aussicht genommene Verfahren mit dem  
gegen die Stenotypistin Stegemann verbunden werden könne.  
Auf Grund der Angaben der Stegemann konnten mehreren  
Blättern zufolge in Berlin zwei weitere vermeintliche Helfers-  
helfer, und zwar ein Ausländer und ein Deutscher, festgenom-  
men werden, bei denen es sich augenscheinlich um Agenten des  
Spions handelt.

### Die Katastrophe des Nobile-Nordpolflugs

Seitdem Nobile ganz neue Mitteilungen über den Abflug  
der „Italia“ gemacht und erklärt hat, man habe von der ab-  
gegangenen Ballonhülle eine Rauchfäule aufsteigen sehen, die  
vermutlich von einem Brand in dem Benzin- und Sauerstoff-  
behälter, wärdt der Pessimismus bei der Beurteilung der Lage.  
Es muß befürchtet werden, daß der Rest der Besatzung der  
„Italia“ längst ums Leben gekommen ist. Sollte ein Teil der  
Leute die Katastrophe überlebt haben, so werden diese Expedi-  
tionsteilnehmer wahrhaftig dem Hungertod erlitten haben.  
Auch die Gruppe Malmgren ist nach den letzten Meldungen  
Nobiles ohne Lebensmittel gewesen und ohne die Möglichkeit,  
durch die Jagd das Dasein zu fristen. Auch diese Gruppe ist  
wahrscheinlich umgekommen. Die Pläne für die Hilfsarbeiten  
werden voraussichtlich auf Grund dieser neuen Nachrichten  
abgeändert werden.

Die Geldmittel, die zur Durchführung der privaten Glets-  
expedition für Amundsen noch fehlten, sind inzwischen durch  
die von den Osloer Zeitungen veranstaltete Sammlung auf-  
gebracht worden, und die Expedition, an der der Polarforscher  
Ervgge Gran als Führer teilnimmt, wird Donnerstag starten.

Der norwegische Kreuzer „Tordenskjöld“, der französische  
Wiso „Quentin Roosevelt“, sowie das von der französischen  
Regierung gecharterte norwegische Robbenfängerschiff „Heim-  
land“ sind von Tromsø ausgelaufen, um die Umgebung der  
Bäreninsel gründlich zu durchsuchen. Das norwegische Robben-  
fängerschiff „Hobby“ wird am Sonntag mit einer Expedition  
an Bord, die von der Amerikanerin Luise Vohd organisiert ist,  
Tromsø verlassen und sich zunächst nach Kingsbay begeben.  
Der schwedische Dampfer „Tanja“ begibt sich nach Kingsbay  
weiter nordwärts nach der Møhlenberg, wo auf dem Eise  
ein guter Startplatz für Flugzeuge gefunden worden ist. Zur  
Zeit ist allerdings jede Fliegerfähigkeit durch den Nebel lahm-  
gelegt.

Ein Gedenkstein für die Besatzung des Zeppelins L 32 in  
England. Auf dem Friedhof von Great Burstead bei Willer-  
cote wurde ein aus Deutschland eingetrossener Gedenkstein,  
der 22 Namensinschriften trägt, auf dem Grabe der Be-  
satzung des Zeppelins L 32 aufgestellt. L 32 war im Septem-  
ber 1916 in Brand geschossen worden, und seine gesamte Be-  
satzung war dabei ums Leben gekommen. Unter den Inschrif-  
ten befindet sich der Name seines Kommandanten Werner Ber-  
terfen.

Die „Bremen“-Flieger unterbrachen ihren Flug nach Mün-  
chen in Koburg, wo sie die Stadt besichtigten und ein Frühstück  
einnahmen. In München hielten Zehntausende die Straßen  
besetzt. Geleitet von einer Ehreneskorte britischer Schulleute  
in Paradeuniform und einer unübersehbaren Reihe von Kraft-  
wagen mit den Ehrengästen des Empfanges durchzuführen die  
Flieger die festlichen Straßen.

Zur Frage der Rheinregulierung. Aus Bern wird berichtet:  
Der Ständerat hat einstimmig eine bereits vom Nationalrat  
angenommene Motion genehmigt, durch die der Bundesrat  
eingeladen wird, ein Programm vorzulegen über die Arbeiten,  
die zur Sicherung der Rheinregulierung weiter notwendig  
sind, wie es in dem schweizerisch-österreichischen Vertrag vom  
19. November 1926 vorgesehen ist.

Eisenbahnunfall in England. In der Nähe von Darlington  
stießen ein Personenwaggon und ein Güterzug zu-  
sammen. Dabei wurden 22 Personen getötet, 5 verletzt.

Ein Fischerdorf niedergebrannt. In Norwegen in der Land-  
schaft Finnmarken ist ein ganzes Fischerdorf in Flammen auf-  
gegangen.

### Badischer Teil

#### Badischer Landtag

D. J. Karlsruhe, 27. Juni.

In der Nachmittagsitzung wird die  
Einzelberatung des Unterrichtsrechts  
beim Titel  
Öffere Lehranstalten

fortgesetzt.  
Abg. Bod (Komm.) meint, durch stärkere Besteuerung des  
Besitzes müsse es ermöglicht werden, daß Bildung Gemeingut  
der breiten Massen wird.

Minister Leers kann nicht zugeben, daß minderbemittelten  
Kindern heute der Zugang zu den höheren Lehranstalten ver-  
schlossen sei. Die Auslese erfolge nicht nach der Größe des  
Geldbeutels. Auch an den Hochschulen werde durch Stipendien  
alles getan, um den Unbemittelten das Studium zu erleich-  
tern.

Abg. Verberich (Str.) tritt der Auffassung des kommunisti-  
schen Redners entgegen, als ob die Höheren Lehranstalten die  
Schule der Privilegierten seien. Gegenwärtig die Vermittel-  
freiheit und Unentgeltlichkeit des Unterrichts durchzuführen,  
sei ein Ding der Unmöglichkeit. Der wenig bemittelten Be-  
völkerung werde am besten dadurch geholfen, daß man Heime  
errichtet. Wenn es so ginge, wie die Kommunisten mit ihrem  
Antrag wollten, so würde alles mögliche den Mittelschulen zu-  
streben. Werden die Nebenländer und die sporadische Vertäugung  
überhaupt betrieben, so braucht man sich nicht zu wundern,  
wenn die Leistungen der Schüler zurückgehen. Mehrtägige  
Wanderungen sind für viele Eltern zu kostspielig. Eine Un-  
menge Geld verschlinge auch der fortwährende Wechsel der  
Lehrbücher.

Abg. Rüdert (Soz.) stellt als Tatsache fest, daß heute noch  
der größte Teil der Arbeiterkinder die Volksschule besuchen  
müß. Viele befähigte Kinder könnten nicht in die Mittelschule  
gehen, weil der Geldbeutel nicht groß genug sei. 90 Proz. der  
arbeitenden Bevölkerung müßten darauf sehen, daß ihre Jun-  
gen und Mädchen nach vollendetem 14. Lebensjahr mitzubeden.  
Einen guten Ausweg biete in Baden die Aufbauschule. Es  
empfehle sich der Versuch, da und dort ein Internat zu schaf-  
fen. Der Niedgang an unseren höheren Schulen sei auf die  
Kriegs- und Inflationszeit zurückzuführen. Es bestehe be-  
gründete Aussicht, daß in wenigen Jahren der Friedensstand  
wieder erreicht wird. Die Veranstaltung planmäßiger Wan-  
derungen im Rahmen der Schule sei zu begrüßen. Anknüpfen  
müsse man allerdings gegen die Sportexzesse. Es gebe junge  
Leute, die von morgens bis abends an nichts weiter als an  
das Fußballspiel denken. Dem schematischen Antrag der Kom-  
munisten, der uns schon vor 2 Jahren beschäftigte, können  
wir nicht zustimmen. Die Städte mögen in puncto Schul-  
geldnachlaß weitberzig entgegenkommen. Dasselbe erwarten  
wir vom Staate bezüglich der Gymnasien.

Abg. Obkircher (D. Vpt.) teilt die Auffassung eines Frei-  
burger Schulmannes mit, wonach die Ausbildung in deutscher  
Sprache und Auffass. erscheidende Mängel aufweise. Das  
liege nicht am Schülernmaterial, sondern darin, daß an den  
Realschulen zu wenig Gewicht auf diese Fächer gelegt werde.  
Gerade für die deutsche Sprache, Aufsatz und Geschichte seien  
qualifizierte Lehrkräfte nötig. Wie gefährlich die Entwicklung  
sei, zeige der Umstand, daß man an den Hochschulen schon den  
Gedanken erwogen hat, besondere Examen für die genannten  
Fächer bei der Aufnahme zu verlangen. Bei 7 bis 8 Stunden  
täglich Schulzeit sollte man das Maß der Hausaufgaben  
nicht über Gebühr ausdehnen. Ein Zwang zur Teilnahme an  
den Spielnachmittagen sollte nicht ausgedehnt werden. Der  
Redner ist ein Freund des Anschauungsunterrichtes bei ge-  
legentlichen Wanderungen.

Minister Leers erklärt, daß er gerne alle Anregungen prü-  
fen werde, um das Niveau der höheren Schulen zu heben.  
Wir müssen der Auswahl der Lehrer in Ausbildung und päd-  
agogischer Befähigung die größte Aufmerksamkeit zuwenden.  
Abg. Frau Richter (Dnt.) glaubt, daß der Volksschullehrer  
besser wie die Eltern in der Lage sei, zu beurteilen, ob sich  
ein Schüler zum Aufstieg in die höhere Schule eignet. Die  
Rednerin kann es nicht für richtig finden, wenn in den Kin-  
dern der Glaube großgezogen wird, daß sie schon in der Schul-  
zeit alles Schöne gesehen haben müssen.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) dankt dem Abg. Dr. Schofer, daß  
er so warme Worte für die Humaniora gefunden hat. Sie  
gebe in der Tat eminente Werte fürs Leben mit. Aber auch  
unser geliebtes Deutsch müsse in einer Form zum Ausdruck  
kommen, damit es Wert fürs Leben erhält. Fest zugegriffen  
müsse werden, wenn ehrgelüste Eltern etwa die Abfertigung  
ihre Kinder zu früh in eine Mittelschule überzuleiten.  
Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Dnt.) spricht vom Schwinden  
des Begabtennachwuchses, was zu bedauern sei. Den Ausfüh-  
rungen des Abg. Verberich pflichte er bei.

Abg. Gaebler (Soz.) erinnert an die Ziele der Jugendbewe-  
gung.

Abg. Bauer (D. Vpt.) unterstreicht den gesundheitlichen und  
erzieherischen Wert des Turnens, einer Disziplin, die um so  
mehr gepflegt werden müsse, als wir des Militärs verlustig  
gingen. Der Redner beklagt, daß in unseren Schulen viel zu  
wenig gesprochen werde von den Leistungen unseres Volkes in  
großer Zeit. Es gelte, die Kinder zum Respekt vor den Opfern  
des Krieges zu erziehen.  
Damit ist die Aussprache beendet.

Der kommunistische Antrag wird abgelehnt, eine Reihe  
von Positionen ohne Debatte erledigt.

Abg. Bod (Komm.) begründet einen Antrag auf Schließung  
der Lehrerbildungsanstalten mit dem Hinweis auf die große  
Zahl unbeschäftigter Lehrer.

Abg. Dr. Mattes (D. Vpt.) begründet einen Abänderungs-  
antrag seiner Fraktion.

Abg. Dr. Föhr (Str.) führt aus: Wir wollen keine Inflation  
von Schullandkadeten. Aber es muß eine bestimmte Zahl aus-  
gebildet werden, um einem Mangel an Lehrkräften zu bege-  
gen. Die Ausbildung hat so zu erfolgen, wie sie im Gesetz  
festgelegt ist. Es sollen nicht mehr Neuaufnahmen stattfinden,  
als notwendig sind. Wir auf unserer Seite sind für Eröffnung  
der drei Anstalten.

Abg. Dr. Gladner (Dem.) erklärt zur Geschäftsordnung, die  
Sache sei so wichtig, daß sie nicht in Abwesenheit des Ministers  
erledigt werden kann, der, um einer Repräsentationspflicht zu  
genügen, nach Mannheim reisen müßte.

Das Haus ist damit einverstanden, daß die Frage morgen  
weiterbehandelt wird.

Abg. Hofheinz (Dem.) verbreitet sich über die Ausbildung  
und Einstufung der Handarbeitslehrerinnen.

Abg. Gaebler (Soz.) will den Handarbeitsunterricht auf dem  
flachen Lande auf das ganze Jahr ausgedehnt wissen.  
Die einschlägigen Positionen werden bewilligt, ebenso die  
Anforderungen für die Realschulen und Aufbauschulen sowie  
für das Staatstechnikum.

Abg. Dr. Duffner (Str.) dankt dem Ministerium für die tat-  
kräftige Förderung des Fachschulwesens. Er bedauert nur,  
daß die wertvolle Sammlung der Uhrmacherische Fortwanoen  
bisher nicht in einem Neubau untergebracht werden konnte.  
Wer die Leistungen der Schule kenne, werde ihr die Anerken-

nung nicht verlagern. Es sei zu wünschen, daß das Interesse der Allgemeinheit an den technischen Fachschulen wächst. Der Redner bittet um das Wohlwollen von Regierung, Gewerbe und Industrie für die im nächsten Sommer in der Landesgewerbehalle zu Karlsruhe geplante Ausstellung der Schwarzwälder Fachschulen. Der Redner betont zum Schluß den Wert religiös-ethischer Erziehung für die jungen Menschen, die in den Wirtschaftskampfen treten.

Ministerialdirektor Dr. Suber teilt mit, daß der Neubau für die Sammlung in Jurtwangen 175 000 M. gekostet hätte. Dazu fehlt das Geld. Wir werden den Plan gleichwohl im Auge behalten auf der Basis der bereits eingeleiteten Vorarbeiten. Der Regierungsvorsteher äußert sich dann über die Prüfungsbedingungen für die Handarbeitslehrerinnen.

Abg. Frau Richter (Dntl.) äußert Wünsche zum Handarbeits- und Haushaltungsunterricht.

Ministerialdirektor Dr. Suber gibt Aufschlüsse über die Aufnahme in den Staatsdienst.

Abg. Hofheinz (Dem.) will den Jued der Seminare in allen Stadien, also auch in bezug auf die Anstellung, gewahrt wissen.

Abg. Seymann (Komm.) übt abfällige Kritik am Fachschulwesen.

Abg. Rüdert (Soz.) weist demgegenüber darauf hin, daß im Ausschuß die Fachschulen von allen Seiten ein günstiges Urteil erfahren haben und mit Recht. Daß man die Fachlehrer von den Hochschulen genommen hat, war ein guter Griff. Auch die Handelsschulen haben sich bewährt. Auf eine Gefahr sei aber hinzuweisen: Seit 1913 habe sich die Zahl der kaufmännischen Lehrlinge um 120 Proz. vermehrt. Die älteren Angestellten würden verdrängt und brotlos. Es wäre im Benehmen mit den Nachbarländern zu erwägen, ob für den einzelnen Betrieb nicht durch Verordnung eine Höchstzahl von zugelassenen Lehrlingen bestimmt werden kann. Die Gewerbeordnung stände nicht im Wege. Was den Antrag der Kommunisten auf Fortfall des Religionsunterrichts in den Fachschulen anlangt, so werde sich die sozialdemokratische Fraktion der Stimme enthalten.

Abg. Brigner (D. Vpt.) begrüßt den heutigen Stand des Gewerbeunterrichts, das mit den Erfordernissen der Neuzeit Schritt gehalten habe und mit Zuversicht für die Zukunft das Handwerk erfülle.

Ministerialdirektor Dr. Suber teilt mit, daß im letzten Jahr ein Fall von förperlicher Züchtigung der Unterrichtsverwaltung bekannt geworden und gegen den Lehrer eingeschritten worden sei. Der Regierungsvorsteher ist über die Darlegungen des Abg. Brigner erfreut und bemerkt gegenüber dem Abg. Hofheinz, daß das Endziel der Ausbildung in den Seminaren der Staatsdienst sei.

Der kommunistische Antrag auf Einstellung des Religionsunterrichts in den Fachschulen wird bei Stimmhaltung der Sozialdemokraten abgelehnt.

Eine große Reihe von Ausgabepositionen passieren ohne Debatte.

Um 1/8 Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag vorm. 9 Uhr vertagt.

23. Karlsruhe, 28. Juni.

Nach kurzen geschäftlichen Mitteilungen des Präsidenten wird in der Einzelberatung über das Unterrichts- und Lehrerbildungsanstalten-

fortgefahren und zunächst der gestrichelte Titel aufgerufen.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Dntl.) erklärt, auf seiner Seite wäre eigentlich kein Anlaß gewesen, sich in den Streit der Regierungsparteien einzumischen, der durch die Ausführungen des Abg. Dr. Föhr an die Adresse des Ministers heraufbeschworen worden sei. Mit der Errichtung der beiden Lehrerbildungsanstalten sei die deutsch-nationale Fraktion einverstanden, wenn sie auch die Auffassung vertrete, daß der Zeitpunkt der Eröffnung hätte aufgeschoben werden können. Wir betrachten die Eröffnung der beiden Anstalten als reine Verwaltungssache. Der Abg. Dr. Föhr scheine den Wunsch zu haben, Heidelberg und Freiburg konfessionell abzutupfen. Das machen wir nicht mit. Dem volksparteilichen Antrag, auf Änderung der Staatslage im Sinne einer Herabminderung können wir zustimmen.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) erinnert an die frühere Stellungnahme seiner Fraktion, die mit der Eröffnung der beiden Anstalten einverstanden war. Der Abg. Dr. Föhr habe aus der Auffassung des damaligen sozialdemokratischen Redners falsche Schlussfolgerungen gezogen. Wir haben von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß auch die konfessionellen Lehrerbildungsanstalten vom Geist der Simultanschule getragen sein müßten, ein Standpunkt, der von der Regierung geteilt worden sei. Wir werden alle Kraft aufwenden, um das zu verhindern, was Herr Dr. Föhr jetzt aus dem Lehrerseminar machen will.

Abg. Dr. Föhr (Zentr.) wendet sich gegen die Auslegung seiner gestrigen Darlegungen durch die Korredner. Auch er wolle nichts anderes als die lokale Durchführung des Gesetzes.

Abg. Dr. Gieseler (Dem.) weist darauf hin, daß die Mehrheit des Landtags feinergeteilt positiv ihren Willen dahin kundgegeben habe, daß die Anstalten zu Ostern eröffnet werden sollten. Der Redner ist über die gestrige Rede des Abg.

Dr. Föhr, gleichfalls, erstont gewesen, schon darüber, daß er bei der Rede des Ministers den Zwischenruf „Geschichte“ machte. Bei Aufrechterhaltung des status quo dürfe in den Anstalten keinerlei Unterschied in Stoff, Unterricht und Lehrmethoden gemacht werden. In Geschichte sei freilich eine verschiedene Auffassung je nach Einstellung nicht zu vermeiden.

Die Demokraten ständen auf dem Boden der lokalen Durchführung des Gesetzes von 1926.

Unterrichtsminister Leers unterstreicht nochmals, daß es notwendig war, die beiden Anstalten mit Beginn des Schuljahres zu eröffnen. Die Verhältnisse haben sich inzwischen zugunsten der Junglehrer verbessert. Wir konnten 90 Junglehrer einstellen, so daß wir heute vielleicht sagen müssen, daß unsere feinerzeitigen Angaben zu vorsichtig gehalten waren. Von den 450 Junglehrern ist eine erhebliche Zahl in der Lage, sich zu betätigen und etwas zu verdienen. Davon 87 in Erziehungs- und Unterrichtsanstalten und privaten Lehrinstituten, 33 bei verschiedenen Behörden und Büros, 60 studieren. Gegenüber dem Abg. Dr. Föhr erinnert der Minister an die Erklärungen des Ministers Dr. Kemmele bei Beratung des Lehrerbildungsgesetzes.

Es heißt dort am Schluß: „In keinem Stadium der Verhandlungen ist daran gedacht worden, einen Unterschied in Stoff, Unterricht und Lehrmethode herbeizuführen.“ Ein Irrtum kann also nicht aufkommen. In den Lehrerbildungsanstalten wird übrigens keine Kulturgeschichte gelehrt. Der Minister betont, die Dinge sind wohlgeordnet im Sinne der Gesetzgebung.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Dntl.) lehnt das Haus die von Volkspartei und Kommunisten gestellten Anträge ab. Die Anforderungen werden bewilligt. Die Beratung wendet sich nun dem wichtigen Gebiete der Volksschulen zu.

Abg. Verberich (Zentr.) lenkt den Blick auf die gewaltigen Ausgaben für die Schule. Opfer würden nicht umsonst gebracht, wenn es gelingt, die Schüler zur sozialen Staatsgewinnung zu erziehen. Unsere Volksschule arbeitet in diesem Sinne und nicht ohne Erfolg. Der Unterricht muß sich auf das wesentliche beschränken und sich durch Stetigkeit auszeichnen. Zur Erprobung von Methoden dürften die Kinder nicht als Versuchskanariel dienen. Die neuen Lesebücher seien zu teuer. Der Redner legt den größten Wert auf Lehrerpersönlichkeiten.

Die volksparteiliche Fraktion hat einen Antrag eingebracht, die Zahl der Direktoren an Volksschulen von 48 auf 63 zu erhöhen.

Zur Begründung erhält Abg. Bauer das Wort, der sich einleitend gegen die Behauptung von sozialdemokratischer Seite wendet, daß die Volkspartei nur für die höheren Beamten eingetreten sei. Der Antrag beziehe sich auf einen Personenkreis, dem die Befolgsordnung keine Beförderung gebracht habe. Nur wenigen und dazu Lehrern, die im Schuldienste bereits ergraut seien, biete sich heute die Beförderungsmöglichkeit durch Aufstufen in eine Rektorstelle.

Abg. Gaebler (Soz.) will die großen Kreisschulämter beibehalten wissen. Er äußert verschiedene Wünsche zur Schulorganisation, empfiehlt Zulagen für die Schulbeamten, die gewisse repräsentative Verpflichtungen zu erfüllen hätten, und tritt für Beibehaltung der Spielfeste ein.

Abg. Frau Richter (Dntl.) unterstützt den Antrag der Volkspartei und nimmt sich lebhaft den Interessen des Lehrerinnenstandes an. Sie gibt im Zusammenhang mit der Frauenarbeitsfrage Anregungen zur Berufsausbildung der Mädchen und wünscht Verpflichtung der weiblichen Jugend zur Ableistung eines hauswirtschaftlichen Dienstjahres.

Abg. Hofheinz (Dem.) behandelt gleichfalls Fragen der Schulorganisation und Unterrichtsverteilung. Er ist für ein erspriechliches Verhältnis zwischen Schule und Pfarrhaus, aber auf dem Boden der Gleichberechtigung.

Abg. Bod (Komm.) bezeichnet den Vorschlag der Volkspartei als das Budget der armen Leute und unterstreicht die Forderungen, die seine Gruppe auf dem Gebiete des Schulwesens in einem Antrag zusammengefaßt hat. Er verlangt u. a. statistische Erhebungen über die soziale Lage der Eltern, scharfe ärztliche Kontrolle des Gesundheitsstandes der Kinder und Einstellung weit größerer Mittel für die Jugendpflege.

Es folgt eine scharfe Rotelei des Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) gegen den Abg. Hofheinz, der zu Agitationszwecken einige Fälle vorgebracht habe, in denen es zu Mißbilligkeiten zwischen Lehrer und Pfarrer gekommen sein soll. Die Gemeinden ihrerseits müßten sich darum kümmern, wenn sie zur Erziehung ihrer Kinder bekommen (Abg. Hofheinz: Das haben wir doch auch verlangt!). Das Vorgehen des Abg. Hofheinz diene nicht dem Frieden.

Abg. Frau Strauß (Dem.) bittet darum, daß die Landgemeinden für würdige Unterkunft der Lehrkräfte sorgen.

Abg. Hertle (Dntl.) verweist auf die Wohnungsnot in der Gegend um Karlsruhe und beklagt die geringe Summe, die im Etat zu Zufuhrgemessen für Schulhausneubauten bedürftiger Gemeinden eingeleitet ist. Angesichts der Finanzlage des Landes habe er davon Abstand genommen, mehr zu fordern. Viele Gemeinden seien kaum noch in der Lage, ihre Schullasten zu tragen. Es müßte wenigstens den dringendsten Bedürfnissen Rechnung getragen werden.

Unterrichtsminister Leers geht auf einzelne Fragen ein. Daß bezüglich der Zuständigkeiten der Kreisschulräte Wünsche bestehen, wissen wir, und wir werden ihnen nachgeben. Das Ministerium kann nicht zugeben, in bezug auf die Stellenbesetzung nicht den richtigen Weg gegangen zu sein. Alle Wünsche konnten natürlich nicht erfüllt werden. In die Auseinandersetzung der Abg. Hofheinz und Dr. Schöfer will ich nicht eingreifen. Ich bin aber persönlich der Meinung, daß der Abg. Hofheinz nicht eine neue Gesplogtheit, durch Vortrag von Einzelfällen einführen wollte. Ich bin gegebenenfalls gerne bereit, den Friedensvermittler zu spielen. In einer Konferenz wurde von zuständiger Seite anerkannt, daß der Religionsunterricht in den Volksschulen von den Lehrern zur vollen Befriedigung gegeben werde, und daß das Zusammenleben von Lehrerschaft und Geistlichkeit ein vollauf erfreuliches sei. Daran habe ich mich als Unterrichtsminister zu halten.

Abg. Rüdert (Soz.) führt aus, von einem Armeelutecrat zu sprechen, wie es der Abg. Bod getan habe, sei übertrieben. Wir geben heute 30,9 Millionen für die Volksschule aus gegen 9,5 Millionen im Frieden. Einen Vergleich mit den badischen Hochschulen kann man angesichts der besonderen Verhältnisse nicht ziehen. Die Befreiung vom Schulunterricht am 1. Mai dürfe an keine Bedingung geknüpft werden. Wünschenswert wäre ein allgemeiner Schulfesttag.

Abg. Lehleiter (Komm.) lehnt Zuschüsse an private Vereine und Anstalten ab. Bei der Sorge für die Schuljugend handle es sich ausschließlich um eine Aufgabe des Staates.

Damit ist die Aussprache beendet. Nach persönlichen Bemerkungen der Abg. Hofheinz (Dem.) und Maier-Heidelberg (Soz.) wird die Weiterberatung auf nachmittags halb 4 Uhr vertagt. — Schluß der Sitzung 1 Uhr.

### Verbandsstag des Badischen Gastwirtsverbandes

In Anwesenheit von etwa 400 Gastwirten tagte in Donaueschingen die Hauptversammlung unter Vorsitz des Verbandspräsidenten Knobel, Mannheim. Die demokratische und die Zentrumsfraktion des Badischen Landtags hatten zu dieser Tagung Vertreter entsandt.

Präsident Knobel eröffnete die Tagung mit dem Hinweis auf die Bedeutung der zur Erörterung stehenden Berufsfragen. Er streifte das Schankstättengesetz, die steuerliche Belastung und die dem Gastwirtsstand durch nichtkonfessionelle Betriebe entstehenden Konkurrenzunternehmungen. Als besonders drügend bezeichnete er das Arbeitszeitgesetz für das Gastwirtsstand und wandte sich ferner gegen den Ausschank von Alkohol durch Warenhäuser. Hier müsse man sich fragen, wo denn der Schutz des gewerblichen Mittelstandes bleibe. Das Reichsgesetz besage, daß bei Neubeschaffung von Schankwirtschaften die Bedürfnisfrage zu prüfen sei. Er stehe nicht an, zu erklären, daß viele Landräte sich an diese Vorschrift hielten, die Bezirksräte aber weilsch nicht.

Der Präsident des Deutschen Gastwirtsverbandes, Reichstagsabgeordneter Ritter, Berlin, ergriff hierauf das Wort zu einem Referat. Er ging besonders auf die Steuern ein, die das Gastwirtsstand als besonders drügend empfand, so u. a. auf die Hauszinssteuer, die sich für die Saisonbetriebe katastrophal auswirkte. Die Weinsteuern sei eine unsoziale und ungerechte Steuer, die fallen müsse. Die Bier- und Branntweinsteuer müsse so gestaltet sein, daß sie den Konsum nicht erdrossle. Die Getränkesteuer sei ebenfalls eine unsoziale Steuer, weil durch sie der Privatkonsum z. B. gar nicht erfaßt werde. Auch mit der Arbeitszeitgesetzgebung könne man im Gastwirtsstand in keiner Weise einverstanden sein; denn in kleinen Gastwirtsbetrieben sei der größte Teil der Arbeitszeit Vorbereitungsarbeit. Die rein bürokratische und vom Massenstandpunkt aus diktierte Fürsorge müsse der Deutsche Gastwirtsverband ablehnen. Niemand bekämpfe der übermäßigen Alkoholverbrauch mehr als der deutsche Gastwirt, der in erster Linie die Folgen des Alkoholmißbrauchs zu verspüren habe; aber die Beschränkung der Polizeistunde könne nicht geeignet sein, den Alkoholmißbrauch einzudämmen. Der Redner betonte vor allem die Notwendigkeit der Hochhaltung der Standesehre. Die Gastwirte wollen ihren Beruf heben, und sie verlangen, bei Erteilung von Schankkonzessionen in entscheidender Weise, als Richter mitzuwirken. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Hierauf sprachen die einzelnen Vertreter der Parteien, die Vertreter des Justizministeriums, der Stadtverwaltung und der einzelnen süddeutschen Gastwirtsverbände. Es wurde dann eine Reihe von Anträgen angenommen, die von verschiedenen Wirtvereinen in Baden gestellt worden waren, und die sich vornehmlich mit dem Schankstättengesetz befaßten.

Der Verbandspräsident Dr. Goller, Karlsruhe, hat den Reichsverbandpräsidenten, unverzüglich Schritte zur Aufhebung der Arbeitszeitgesetzgebung für das Gastwirtsstand zu unternehmen. Er sprach ferner den Wunsch aus, daß das Gewerbeaufsichtsamts in Baden die Dinge anders als bisher ansehe. Ferner wurde ein Antrag zur Kenntnis gegeben, welcher die Aufhebung des Tanzverbots in Baden fordert. Schließlich wurde noch ein Antrag angenommen, welcher verlangt, daß den badischen Bezirksämtern Sachausschüsse des Gastwirtsstandes zur Seite gegeben werden. Um 3 Uhr schloß der Verbandsvorstand die in allen Teilen harmonisch verlaufene Haupttagung. — Bei der Delegiertentagung am 19. Juni wurden gewählt: Knobel, Mannheim, zum Verbandspräsidenten, Schneider, Heidelberg, zum 2. Vorsitzenden, Trautwein, Freiburg, zum Schriftführer und Erhardt, Karlsruhe, zum Kassierer.

Aus der evangelischen Landeskirche. Nachdem durch die Landessynode die Oberkirchenbehörde um eine geistliche Stelle vergrößert worden war, wurde von der Evang. Kirchenregierung Landesratsrat Pfarrer E. Jul. Schulz mit dem Titel Oberkirchenrat zum Mitglied der Oberkirchenbehörde ernannt. — Die Evang. Kirchenregierung hat Pfarrer Johannes Weiber in Liedolsheim zum Pfarrer in Grenzach ernannt.

### Zeitschriftenschau

Das Stachelschwein. Was ist das Stachelschwein? Es ist eine lässige, färbig-lede, die Torheiten dieses Lebens in amüsanten Form geißelnde Zeitschrift. Ihr Herausgeber ist kein Geringerer als Hans Reimann, der famose Humorist der heute schon seinen festen Platz in der deutschen Literaturgeschichte hat. (Verlag: Die Schmiede A.G., Berlin W 35).

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Preisnotierungen

	28. Juni		27. Juni	
	Geld	Wert	Geld	Wert
Amsterdam 100 G.	168.34	168.68	168.34	168.68
openhagen 100 Kr.	111.96	112.16	112.90	112.17
Italien . . . 100 L.	21.985	22.225	21.985	22.025
London . . . 1 Pfd.	20.378	20.418	20.382	20.422
New York . . . 1 D.	4.1790	4.1870	4.1895	4.1875
Paris . . . 100 Fr.	16.42	16.46	16.435	16.475
Schweiz . . . 100 Fr.	80.56	80.72	80.61	80.77
Wien 100 Schilling	58.86	58.98	58.86	58.98
Prag . . . 100 Kr.	12.286	12.406	12.38	12.40

### Badisches Landestheater

#### Abschiedsabend von Edith Vielesfeld

„Wer vieles bringt, wird manchmal etwas bringen“, dachte sich wohl Edith Vielesfeld, während sie das Programm dieses, ihres letzten Ballettabends zusammensstellte, als Devise konnte aber das Wort zugleich für ihre zweijährige Tätigkeit am Bad. Landestheater gelten, die nunmehr ihr Ende findet. Nicht wie eine Ballettmeisterin vom alten Schlag zwar waltete sie ihres Amtes, sie war jedoch auch nicht durch eine so strenge choreographische Schule gegangen, daß es ihr gelungen wäre, hier eine moderne Tanzgruppe zu begründen, die neben ihrer Verwendung in der Oper gelegentlich durch eigene interessante Darbietungen hätte wirklich Bedeutendes leisten können. So zerstückelte sich die Arbeit, über allzuviel Lieblichkeit und zersplitterte sich die Arbeit, es fehlte an der Sicherheit, um den Tanz aus stereotypen Bewegungen zu erlösen und zur rhythmischen Adrepergestalt umzuformen. Wohl experimentierte man sie und da auch nach dieser Seite, doch blieb immer bei einem schwächlichen Versuch ohne starke persönliche Note und ohne innere Verbundenheit mit den Zeitströmungen, die heute mehr denn je aus dem Tanz wieder eine ernsthafte künstlerische Angelegenheit machen wollen.

Wenn man unter solchem Vorbehalt leider das Gesamtergebnat der von der scheidenden Künstlerin geleisteten Arbeit würdigen muß, so ist andererseits immerhin anzuerkennen, daß im Hinblick auf die stiefmütterliche Rolle, die an allen mittleren Bühnen gerade das Ballett spielt, wahrscheinlich oft nichts Besseres zu erreichen war. Der verantwortlichen Tänzerin selbst war noch an diesem letzten Abend feineswegs alle Schuld zu geben, wenn mancherlei Tragwürdiges mitunterließ.

Schon Glucks pantomimisches Ballett „Don Juan“ fand nicht jene einfache und sinnvolle Stillierung, die der herben Grazie und starren Dynamik der Melobien allein zuträglich gewesen wäre. Warum sich überdies Edith Vielesfeld als viel zu süßlicher und gar nicht verführerischer Titelheld preisgab, war kaum zu ergründen. Täusche ich mich nicht, so sieht auch die Kröllersche Bearbeitung, die für die hiesige Wiedergabe sonst bestimmend war, abweichend vom ursprünglichen Tanzszenarium C. Angiolinis einen männlichen Vertreter der Hauptrolle vor. Nachher folgten zwei zwanzig Tanzkompositionen, ausgeführt teils von der Primadallerina, teils vom gesamten Ballett und von den Liebinnen. Besonders gelungen waren darunter die Darbietungen mit groteskem Einschlag, aber auch einige Kummern, in denen sich Harry Wigmannsche und ähnliche Einflüsse geltend machten, hatten Reiz. Ein eigentlicher Höhepunkt mangelte freilich vollkommen, das Publikum nahm indessen gutgelaunt, wie es bei solchem Anlaß zu sein pflegt, die diversen Gaben mit dankbarem Beifall entgegen und erzwang sogar mehrfache Wiederholungen. Nach einer Aufführungsdauer von annähernd drei Stunden, die musikalisch Joseph Keilberth angenehm ausfüllte und mit routinierter Hand bewältigte, bezeugten zwei Tische, auf denen sich prächtige Blumengebinde und andere schöne Geschenke häuften, sichtbar die Liebe und Verehrung, deren sich Edith Vielesfeld in weitesten Kreisen erfreuen durfte.

Eben Hedwig Heidelberger Ehren doktor. Die Naturwissenschaftlich-mathematische Fakultät der Universität Heidelberg hat dem Tibelforscher Eben Hedwig die Würde des Doktors der Naturwissenschaften ehrenhalber verliehen. (Eben Hedwig ist auch Ehren doktor der Technischen Hochschule Karlsruhe.)

**Der Afrikaner Wilhelm Filschner** ist von seiner Forschungsreise in Zentralasien zurückgekehrt. Er empfing einen Vertreter der „Münchener Telegrammzeitung“, dem er ausführliche Mitteilungen über seine Expedition machte. Danach handelte es sich bei dieser Reise um die Durchführung erdmagnetischer Messungen. Zuerst führte den Forscher der Weg durch Rußland. Im Winter 1926/27 war er völlig mittellos. Er hatte so gut wie nichts zu essen und mußte barfuß gehen. Trotz dieser bedrückenden Umstände hat er seine Arbeiten lüdenlos durchgeführt. Er war oft 12 bis 14 Stunden am Tage mit seinen Messungen beschäftigt. Auf dem Wege nach Ufa setzte Filschner unter außerordentlichen Schwierigkeiten seine Messungen im Hochland von Tibet fort. Hände und Füße waren ihm erfroren. Er erlitt einen Bruch an der rechten Hand und einen Bruch am rechten Fuß. Trotz alledem gelang es ihm, seine vorgenommenen Arbeiten zu vollenden. Vom Dolai Lama erhielt Filschner, vermutlich auf Anforderung von englischer Seite hin, großzügige Hilfe. Im März 1928 überquerte der Forscher den Himalaja. Daß man ihn einige Zeit für ermordet hielt, war auf ein Mißverständnis zurückzuführen. Es wurden damals zehn französische Missionare von tibetanischen Priestern umgebracht. Außer den erdmagnetischen Messungen hat Filschner das gesamte Reisegebiet kartographisch aufgenommen und 23 000 Meter Filmaufnahmen für die Ufa gemacht.

**Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.** Die Rückseite des inzwischen nach dem bösnischen Meerbusen abgezogenen Sturmwebers hat uns gestern starke Abkühlung bei böigen Westwinden gebracht. Die Tagesmittel der Temperatur lagen 5 bis 7 Grad unter den Werten des Vortages. Über dem westlichen Festland liegt hoher Druck, unter dessen Einfluß bei uns wieder Aufbeiterung eingetreten ist und zunächst noch anhalten wird. Mit zunehmender Erwärmung stehen neue Gewitterbildungen in Aussicht. **Wettervorhersage für Freitag:** Zunächst noch heiter und warm, später zunehmende Bewölkung und vereinzelte Gewitter.

### Aus der Landeshauptstadt

Das Bad. Konservatorium für Musik veranstaltet heute abend 8 Uhr im Bürgeraal des Rathauses ein Prüfungs-konzert seiner Oberklassen. Das Programm enthält Werke für Klavier und für Gesang und Klavier von Robert Schumann.

**Badische Lichtspiele.** „Durchlaucht Radieschen“, das Filmlustspiel, das vom Freitag, den 29. Juni, ab im Konzerthaus zur Vorführung gelangt, ist eine abenteuerliche Geschichte, in der sich der heilige Atem des Balkans mit Wiener Musik, Wiener Freude und Ausgelassenheit in glücklicher Weise mischt. Der junge König eines kleinen Staates, der durch eine Revolution um seine Herrschaft gebracht worden ist, wird mit seiner fürstlichen Gemahlin, die vor Jahren eine bekannte, feste Tänzerin war, nach dem schönen Wien in Verbannung geschickt, um selbst einen geeigneten Nachfolger für den Thron seiner Väter ausfindig zu machen. Hier wird die Königin im Handumdrehen wieder das lustige, übermütige Wiener Mädel, das sie einstmals gewesen, die „Durchlaucht Radieschen“. Ein buntes, bewegliches Filmlustspiel, voller Grazie und Schalkheit, das den Hauptdarstellern: Xenia Desni, Wiener Fütterer und Hans Junkermann reichlich Gelegenheit bietet, ihre rühmlichst bekannten Talente zu entfalten und sicher nicht verfehlen wird, den Zauber seines Humors auf das große Publikum auszuüben. Jugendliche unter 18 Jahren haben zu den Vorführungen keinen Zutritt.

### Kurze Nachrichten aus Baden

**W. Mannheim, 28. Juni.** Die Handelshochschule verzeichnet in diesem Sommersemester 563 ordentliche Studierende und 340 Hörer.

**W. Amlasthausen, 28. Juni.** Bei der Bürgermeisterwahl wurde der seitherige Bürgermeister Friedrich Gold einstimmig zum dritten Male wiedergewählt.

**W. Offenburg, 27. Juni.** Die Kreisversammlung genehmigte u. a. den Kreisvoranschlag 1928/29. Nach demselben ist ein Umlagebedarf von 538 486 M. zu decken. 50 000 M. hiervon sind für Straßenbauten (Neubauten und Ausbesserungen) bestimmt. Ferner genehmigte die Kreisversammlung die Errichtung eines Internats für die landwirtschaftliche Winterschule im katholischen Gesellenhause in Offenburg, sowie die Übernahme einer Bürgerschaft für ein Baudarlehen desselben von 50 000 M., ferner die Gewährung eines einmaligen Kreis-zuschusses zu den Einrichtungskosten des Internats von 2000 Reichsmark und die Bewilligung eines jährlichen Zuschusses zu den Betriebskosten des Internats für das Jahr 1928, 1929 und 1930 von je 2000 M.

**W. Freiburg i. Br., 27. Juni.** Die Angehörigen der Lehrerin Ibat Gersbach haben nachträglich eine Reihe von Gegenständen als vermisst angegeben. Es handelt sich um folgende Sachen: Eine Nagelflere 1 Nagelflere, 1 Taschenmesser mit zwei Klängen und grauschwarzem Hornbelag, geschlossen etwa 7 1/2 Zentimeter lang, in rotem Lederetuis mit Nadelbügel, 1 Aluminiumdose mit einem Stück Seife (Aufschrift auf der Dose: Kaloderma F. Wolff & Sohn in Karlsruhe, Baden), 1 Tube Zahnpasta, eine Blechdose Pfefferminzcreme. Vermutlich fehlen auch einige Taschentücher S. oder T. G. gezeichnet. Es muß angenommen werden, daß der Täter diese Gegenstände außer den bereits früher als vermisst gemeldeten Sachen entwendet hat. Sollten diese Gegenstände gefunden werden, so wird um sofortige Mitteilung an die Staatsanwaltschaft Freiburg gebeten.

**W. Weersburg, 27. Juni.** Das Pfarrhaus am Schloßplatz, das heute auf ein ehrwürdiges Alter von 230 Jahren zurückgeht und mit seinem mächtigen geschwungenen Giebel die Wälder der Pflanzung sofort auf sich zieht, soll nun verkauft werden. Das Erbschaftsgericht Ordinarat in Freiburg hat den Verkauf des Pfarrhauses an den Handelsverlag in Leipzig genehmigt. Das Haus war im Jahre 1700 von Bischof Marquard von Rodt erbaut worden und diente ursprünglich der bischöflichen Kanzlei als Dienstgebäude.

### Badische Lichtspiele — Konzerthaus

Heute 20.15 Uhr letzte Vorführung  
**„PETRONELLA“**  
 (RIVALEN DER BERGE)  
 Freitag, den 29. Juni bis Donnerstag, den 5. Juli, jeweils 20.15 Uhr, Sonntag, den 1. Juli, nur 16 Uhr  
**„Durchlaucht Radieschen“**  
 Ein Filmlustspiel nach der gleichnamigen Operette  
 In den Hauptrollen: Xenia Desni und Hans Junkermann  
 MUSIKBEGLEITUNG  
 Jugendliche unter 18 Jahren haben keinen Zutritt  
 Preise und Ermäßigungen wie üblich  
 Vorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstr., und Büro, Beierheimer Allee 10 719

### Ämtliche Gewinnliste der Eisenacher Geldlotterie

zum Besten des Thüringer Museums in Eisenach.  
 Die Ziehung fand am 21. und 22. Juni 1928 öffentlich unter behördlicher Aufsicht statt.

**A Gewinne von 5 bis 10 000 RM.**

Los Nr.	RM	Los Nr.	RM	Los Nr.	RM	Los Nr.	RM
10124	10	23071	5	49192	10	62187	5
10401	10	23380	5	49207	10	62879	10
10596	5	23910	20	49278	5	74002	5
10939	5	24664	5	49635	5	74049	5
11366	5	48083	50	61003	10	75453	5
11554	5	48100	10	61090	20	75517	5
11577	10	48162	5	61301	5	75743	10
11728	20	48614	100	61818	1000	75756	50
11857	20	48815	10	61898	5	75807	10
						75907	20

**B Gewinne à 2 RM.**

10059, 10082, 10110, 10120, 10432, 10444, 10536, 10547, 10557, 10591, 10598, 10624, 10761, 10772, 10777, 10782, 10847, 10852, 10904, 10925, 10954, 11030, 11034, 11037, 11108, 11112, 11117, 11133, 11135, 11137, 11145, 11182, 11184, 11259, 11308, 11315, 11372, 11388, 11487, 11511, 11551, 11552, 11602, 11604, 11669, 11696, 11729, 11741, 11749, 11770, 11800, 11827, 23029, 23041, 23051, 23055, 23078, 23108, 23115, 23151, 23172, 23238, 13241, 23262, 23270, 23290, 23291, 23296, 23302, 23360, 23364, 23393, 23449, 24053, 24120, 24124, 24225, 24249, 24267, 24319, 24334, 24335, 24369, 24396, 24424, 24435, 24464, 24510, 24522, 24528, 24588, 24634, 24660, 24673, 24751, 24824, 48117, 48165, 48182, 48205, 48207, 48275, 48313, 48353, 48371, 48415, 48447, 48547, 48562, 48587, 48611, 48706, 48707, 48710, 48712, 48804, 48814, 48843, 49010, 49031, 49050, 49065, 49073, 49087, 49119, 49215, 49440, 39449, 49524, 49565, 49616, 49646, 49731, 49735, 49769, 49793, 49794, 61001, 61029, 61067, 61070, 61152, 61170, 61171, 61167, 61260, 61305, 61317, 61329, 61331, 61336, 61412, 61465, 61520, 61630, 61662, 61663, 61666, 61716, 61717, 61787, 61798, 61837, 61876, 61951, 61960, 62011, 62052, 62177, 62120, 62124, 62125, 62172, 62188, 62192, 62264, 62313, 62320, 62326, 62345, 62354, 62399, 62404, 62417, 62446, 62458, 62481, 62509, 62512, 62520, 62537, 62550, 62567, 62593, 62600, 62613, 62658, 62659, 62678, 62738, 62745, 62781, 62841, 62884, 72946, 62974, 74035, 74041, 74090, 74178, 74179, 74217, 74248, 74285, 74315, 74350, 74388, 74432, 74459, 74492, 74534, 74558, 74570, 74606, 74692, 74717, 74734, 74783, 74863, 74874, 74898, 74923, 74930, 74982, 74983, 75004, 75056, 75118, 75134, 75254, 75321, 75329, 75342, 75355, 75361, 75384, 75412, 75521, 75595, 75633, 75636, 75639, 75723, 75744, 75777, 75809, 75834, 75850, 75867, 75924, 75929, 75995, 75999.
--

Die Auszahlung der Gewinne erfolgt nur gegen Rückgabe der gezogenen Lose durch die Firma **Lotteriebaut G. m. b. H., Eisenach**.  
 Am 22. September 1928 erfolgt jeder Gewinnanspruch Eisenach, den 22. Juni 1928.  
 Der Vorstand des Thüringer Museums in Eisenach.

**Leser Bücher Wissen zu Macht!**

**Freihändler Startholzverkauf**  
 des Forstamtes II in Forbach (Baden) aus den schifferschaftlichen Walddistrikten

Wenn die Füße nicht in Ordnung sind, taugt der ganze Mensch nichts! Haben Sie das nicht auch schon empfunden?



Kommen Sie heute noch in das Supinatorium! Ihre Füße werden ohne Kaufverpflichtung im patentierten May-Fußspiegel-Apparat beobachtet, ob Knickfuß, Senkfuß, Spreizfuß, oder nur leichte Fußüberlastungen vorliegen. Sie selbst können in dem Apparat durch seine sinnreiche Konstruktion die gemachten Angaben nachprüfen.

Nur im **Reformhaus Alpina O. Hanisch** Kaiserstraße 32

**Ab 1. Juli 1928**  
 Hauptannahmestelle für Karlsruhe  
**Kaiserstraße 60**  
**Dampf-Waschanstalt C. Bardusch**

Wäscherei für feine Herren-Stärkwäsche, Leib- und Haushaltungswäsche, Pfundwäsche  
 2101 Telephon 2101

Die Köln-Düsseldorfer Rheindampfschiffahrt in Düsseldorf hat um die Genehmigung zur Erstellung eines Landesteges (Steigers) im Nordbecken des Karlsruher Rheinbafens nachgesucht.

Das Nähere ergibt sich aus der Beschreibung und den Plänen, die während einer Frist von zwei Wochen vom Ablauf des Tages an gerechnet, an welchem das diese Bekanntmachung enthaltende Blatt ausgegeben ist, zur Einsicht auf dem Rathaus in Karlsruhe offen liegen.

Einwendungen gegen das beabsichtigte Unternehmen sind binnen der oben bezeichneten Frist beim Bezirksamt oder beim Herrn Oberbürgermeister geltend zu machen, widrigenfalls die nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als ausgeschlossen gelten. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die vor Inkrafttreten des Gesetzes vom 8. April 1913, betr. die Abänderung des Wassergesetzes (Ges. u. B. D. Bl. 1913 S. 233), kraft besonderer privatrechtlicher Titel an den öffentlichen Gewässern begründeten Rechte nunmehr als dem öffentlichen Recht angehörige Nutzungsrechte zu betrachten sind, und daß daher auf solche Rechte sich stützende Einwendungen, falls sie innerhalb der zweiwöchigen Frist nicht vorgebracht werden, ebenfalls als ausgeschlossen gelten. R.341

Karlsruhe, den 26. Juni 1928. D.3.59  
**Badisches Bezirksamt Abteilung II.**

**Arbeitsvergebung.**  
 Für den Küchenneubau im Arbeitshaus Aisau sind nach der Verdingungsordnung für Bauleistungen (B.O.B.) gem. Erl. des Fin. Minist. v. 20. Januar 1928 öffentlich zu vergeben: Verputzarbeiten ca. 3000 qm. Boden- und Wandbeläge ca.

350 qm. Steinzeugplatten und 70 qm Terrazzo. Kleinarbeiten 67 Fenster. Schreinerarbeiten 25 Türen. Schlosserarbeiten, Türen einschlagen, ca. 8 m Treppentritt und 20 m Lichtschachtgehäuse. Kleinarbeiten ca. 2100 qm Kalfarbanstrich, Ofarbanstrich der Fenster, Fenstergitter, Türen usw. Elektr. Beleuchtungsarbeiten ca. 270 m Erdkabel und 52 Brennstellen. Installationsarbeiten, Abortabwasser, Kalt- und Warmwasserleitungen, 11 Spüllosetts, 4 Waschbecken und 2 Pflöden.

Einschichtnahme in Zeichnungen, Bedingungen und Abgabe der Angebotsvorbrücke während der Dienststunden in unserem Geschäftszimmer Schloßraum 21. Versand von Angeboten nach auswärts und Abgabe von Zeichnungen erfolgt nicht. R.339

Angebote sind verschlossen mit entsprechender Aufschrift versehen bis zur Eröffnung am 12. Juli 1928, vormittags 10 Uhr, an uns einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen.  
 Bruchsal, 27. Juni 1928.  
 Bezirksbauamt.

### Stellenausschreiben.

Beim Badischen Sparkassen- und Giroverband ist die Stelle eines

### Silfsrevisors

sobort zu besetzen. Verlangt wird vollkommene Vertrautheit und Erfahrung in allen Zweigen des neuzeitlichen Sparkassenwesens. Insbesondere sind gute betriebstechnische Kenntnisse und Beherrschung des kaufmännischen und kameralistischen Buchführung sowie der Aufwertungsberichte erforderlich. Anstellung erfolgt zunächst auf Privatdienstvertrag und zwar unter Einhaltung eines Probejahres bei monatlicher Kündigung, oder gegen vierteljährliche Kündigung in alter Besoldungsgruppe VII oder VIII. Bei Bewährung besteht nach einigen Jahren Vorrückungsmöglichkeit. Gesuche mit lückenlosem Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Lichtbild wollen unter Angabe der Gehaltsansprüche bis **13. Juli 1928** hierher gerichtet werden.

Mannheim, den 25. Juli 1928.  
**Badischer Sparkassen- und Giroverband Mannheim.**

### Stellenausschreiben.

Bei dem unterzeichneten Vermessungsamt ist die Stelle eines

### mittleren Verwaltungsbeamten

aus der Reihe der staatlich geprüften badischen mittleren Vermessungsbeamten sofort zu besetzen.

Die Anstellung erfolgt zunächst im Angestelltenverhältnis auf Privatdienstvertrag in Besoldungsgruppe VI oder VII der Stadtbefoldungsordnung je nach Eignung und bisherigem Dienstalter. Bei befriedigender Dienstleistung ist spätere Anstellung im Beamtenverhältnis in Aussicht genommen. 717

Den Bewerbungen, welche bis **16. Juli** mit Gehaltsansprüchen eingereicht sind, sind anzuschließen: Ein selbstverfaßter und selbstgeschriebener ausführlicher Lebenslauf, ein Geburtschein, ein auf Grund eines Strafregisterauszugs ausgestelltes Leumundzeugnis, der Nachweis der bestandenen Fachprüfung, lückenlose Befähigungs- und Führungszeugnisse in Urschrift oder beglaubigten Abschriften, Zeichen- und Schriftenproben sowie ein amtliches Zeugnis.

Freiburg im Breisgau, den 27. Juli 1928.  
**Städtisches Vermessungsamt.**

### Badisches Landestheater

Freitag, den 29. Juni 1928  
 \* F 30 (Freitagssmiete)

Th.-Gem. 1201—1300 und 1401—1550.  
 Zum ersten Mal  
**Göhnderhannes**  
 von Judnager  
 In Szene gesetzt von Felig Baumbach

Wülfel  
 sein Vater  
 Benedum  
 Nils Jakob  
 Seibert  
 Zuggetto  
 Benzel  
 Petronellmichel  
 Blasius  
 Julchen  
 Margarete  
 Wirt  
 Birkin  
 Kaufmann  
 Gutspächer  
 Reibender  
 Gerbermeister  
 Fuhrmann  
 Raab  
 Klotz  
 Achatzkleifer von der Rent  
 Metallarbeiter  
 Steinbrecher  
 Holznecht  
 Gendarm Adam  
 Gendarmen

Froschtötter  
 Arbeiter  
 Gottverpöppelche  
 Scherer  
 Bauer  
 Zoppi  
 Weggerburche  
 Viehreiber  
 Josef Bach  
 Schaudweder  
 Stelzfuß  
 Soldatenwerber  
 Fäher  
 Karpotal  
 Invalide  
 Note Fint  
 Feldarbeiter  
 Schmidt  
 Grandreit  
 Schellenberger  
 Schmidt-Kesler  
 Wiedels  
 Ziegler  
 Dennig  
 Göder  
 Kiencherf  
 Herz  
 Reinath  
 Schneider  
 Schellenberger  
 Göder  
 Weidner  
 Müller  
 Opmar  
 Gemmede  
 Kubne  
 Mehner  
 Schmidt-Kesler  
 Kleinath  
 Wülfel  
 Genter  
 Kiencherf  
 Baumbach  
 Weidner  
 Schellenberger  
 Schneider  
 Graf  
 von der Rent  
 Geng  
 Ostholt  
 Anfang 1911, Ende 221,  
 I. Rang und I. Sperrfrist  
 5.00 RM  
 Sa. 30. Juni: Margarethe